

Pressemitteilung 26.08.2026

dieBasis legt Beschwerde wegen Kosten für Wahlwerbung bei radio SAW ein - Medienanstalt Sachsen-Anhalt soll Preisgestaltung und Aufsichtspraxis prüfen

Die Partei dieBasis hat offiziell eine Beschwerde gemäß § 27 Abs. 3 MedienG LSA sowie einen Antrag auf unverzügliche aufsichtsrechtliche Prüfung und Einschreiten gemäß §§ 55, 56 MedienG LSA bei der Medienanstalt Sachsen-Anhalt (MSA) eingereicht.

Beanstandet werden die angebotenen Preise für Wahlwerbung bei privaten Radiosendern, konkret bei radio SAW. Gemäß Mediengesetz dürfen die Rundfunkveranstalter für die Einräumung entsprechender Sendezeiten lediglich die Erstattung ihrer Selbstkosten verlangen. Die angebotenen Preise entsprachen jedoch den normalen Werbepreisen mit einem Rabatt von 20 %. dieBasis sieht hierin einen Verstoß gegen das Mediengesetz, den die Medienaufsicht bereits im Vorfeld durch geeignete organisatorische Maßnahmen der Aufsicht hätte unterbinden müssen.

„Kleine Parteien erhalten sowieso nur verringerten Zugang zu den Medien durch die sogenannte ‚abgestufte Chancengleichheit‘. Wenn uns Radiosender Wahlwerbung zu Kosten anbieten, die nicht dem Mediengesetz entsprechen, entsteht bei uns der Eindruck, dass die Medienaufsicht hier nicht im Vorfeld für ausreichend Klarheit gesorgt hat“, teilt Günter Utke, Landesvorsitzender der Partei dieBasis in Sachsen-Anhalt, mit.

„In einem offenen Brief haben wir die Mitglieder der Versammlung der MSA aufgefordert, dafür zu sorgen, dass das Thema in der Sitzung am 2. September behandelt wird. Man wird sehen, ob die Mitglieder aus politischen Parteien und anderen gesellschaftlichen Organisationen ihrem Auftrag gerecht werden. Es wäre fatal, wenn eine Medienaufsicht, die gerade bei Wahlen die mediale Gleichberechtigung gewährleisten soll, sich als zahnloser Tiger erweist“, ergänzt Sven Lingreen als Pressesprecher.

„Wer Neues will, muss alte Strukturen hinterfragen. Wir werden deshalb auf Bundesebene die Thematik im Blick haben, denn wir kämpfen bei jeder Wahl gegen die politisch aufgebauten Hürden der alten Parteien in den Parlamenten. Mit bis zu Tausenden Unterstützungsunterschriften, einer erfundenen 5-Prozent-Hürde und einer herbeidefinierten geringeren Medienpräsenz will man offenbar neue politische Kräfte behindern. Bei jeder Wahl spielen die politisch bestückten Medienanstalten eine Rolle“, erläutert Bundesvorsitzender S.-Jarno Bien.

Medienvertretern stellt die Partei dieBasis auf Anfrage die eingereichte Beschwerde, den offenen Brief an die Mitglieder der Versammlung der Medienanstalt Sachsen-Anhalt sowie die zugrunde liegenden Angebote und den bisherigen Schriftverkehr zur Verfügung. Für Rückfragen, Hintergrundgespräche, Interviews und O-Töne stehen Vertreter des Landesverbandes Sachsen-Anhalt sowie des Bundesvorstandes gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Sven Lingreen

Pressesprecher

 dieBasis Sachsen-Anhalt

Presse@dieBasis-ST.de

[Pressemitteilungen - Landesverband Sachsen-Anhalt | dieBasis](#)

60.000plus

dieBasis

Basisdemokratische Partei Deutschland

Freiheit Machtbegrenzung Achtsamkeit Schwarmintelligenz

Nur 60.000 Stimmen.

Plus Deine.

Nutze Deine Macht!

60.000plus.de

60.000plus

dieBasis

Basisdemokratische Partei Deutschland

Landesverband Sachsen-Anhalt

Vertreten durch: Günter Utke

Brunnenstraße 41; 06905 Bad Schmiedeberg

Telefon: +49 176 40387013

E-Mail: vorstand@diebasis-st.de

Web: www.dieBasis-ST.de

Bankverbindung: DE61 8105 3272 0641 0660 15